

Stellungnahme



Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum
Referentenentwurf des Bundesministerium für Bildung und Forschung

Gesetz zu dem Abkommen vom 10. Februar 2021 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über die gegenseitige Feststellung der Gleichwertigkeit von beruflichen Abschlüssen

24.02.2021

Mit dem Gesetz zum Abkommen vom 10. Februar 2021 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über die gegenseitige Feststellung der Gleichwertigkeit von beruflichen Abschlüssen wird die Vereinbarung vom 1. Dezember 1937 über die gegenseitige Anerkennung handwerklicher Prüfungen ersetzt und eine gegenseitige Anerkennung aller Abschlüsse der dualen Berufsbildung ermöglicht. Die Feststellung der Gleichwertigkeit soll künftig aufgrund der großen Gemeinsamkeiten der Berufsbildungssysteme und der Ähnlichkeit vieler Berufsbilder in einem vereinfachten Verfahren ermöglicht werden, das an bestehende Strukturen der Anerkennung nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) anknüpft und diese nutzen soll.

Der DGB begrüßt das im Referentenentwurf vorgeschlagene Abkommen. Insbesondere unterstützt der DGB den vorgeschlagenen Weg, die Gleichwertigkeit von deutschen und schweizerischen Berufsbildungsabschlüssen anhand von definierten Voraussetzungen festzustellen. Dies ermöglicht aus unserer Sicht eine auf Dauer angelegte sowie vereinfachte Operationalisierbarkeit der Gleichwertigkeitsfeststellungen.

Der DGB würde es darüber hinaus sehr begrüßen, wenn die in der Begründung zu Artikel 6 genannte, als Arbeitsinstrument vorgesehene Liste, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden könnte. Dies kann z.B. auf der Homepage des BMBF oder auf der Seite „Anerkennung in Deutschland“ veröffentlicht werden. Für Anerkennungsinteressierte aus beiden Ländern wäre eine solche Information von Vorteil, die die Motivation für ein Anerkennungsverfahren steigern könnte.

Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB Bundesvorstand
Abteilung Bildungspolitik und
Bildungsarbeit

Mario Patuzzi
Referatsleiter für Grundsatzfragen der
Beruflichen Bildung und Weiterbildung

mario.patuzzi@dgb.de

Telefon: 030 / 24060 - 647
Telefax: 030 / 24060 - 410

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

www.dgb.de